

Aktuelle Stunde zum Thema Jugendgewalt

Thema Jugendgewalt nicht tabuisieren

Gewaltkriminalität von Jugendlichen ist kein neues Phänomen. Seit Jahren liegt die Zahl der Tatverdächtigen auf hohem Niveau. Dies allein ist besorgniserregend. Allergrößte Sorge muss aber der zu verzeichnende Anstieg bei schweren Körperverletzungen bereiten. Die Bilder aus der Münchener U-Bahn sowie die sich häufenden Berichte über vergleichbare Gewaltverbrechen Jugendlicher erschrecken. Es wäre deshalb grundfalsch, das Thema zu tabuisieren und nicht auch über schärfere Sanktionen nachzudenken.

Die Entwicklung muss alarmieren. Beispiel München: Hier erhöhte sich die Zahl der von Jugendlichen begangenen schweren Körperverletzungen von 2.400 im Jahr 2000 auf 3.400 im Jahr 2006. So der Sicherheitsreport des dortigen Polizeipräsidiums. In Berlin gibt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei manche Teile der Hauptstadt für ein Durchbrechen der Gewaltspirale bereits verloren.

Auf das Problem der Jugendkriminalität kann es keine pauschalen Antworten geben. Je mehr gefährdete junge Menschen durch ihre Familie oder eine engagierte Jugendarbeit rechtzeitig aufgefangen werden können, umso besser. Der Stellenwert präventiver Maßnahmen bleibt unbestritten. Aber auch vor den Einzelfällen, in denen dies nicht gelingt, darf verantwortliche Politik die Augen nicht verschließen.

Das Thema Jugendgewalt lässt sich nicht auf Zuwanderer reduzieren oder pauschal als reines Integrationsproblem klassifizieren. Allerdings: Die polizeiliche Kriminalstatistik weist in deutschen Großstädten einen besonders hohen Anteil ausländischer jugendlicher und heranwachsender Gewalttäter aus (Langzeitvergleich Städtedaten 1995–2004). Die Problematik steht daher sicher auch in einem ursächlichen Zusammenhang mit einer vielfach gescheiterten Ausländerintegration. Deshalb war und

bleibt es richtig und konsequent, wenn CSU und CDU das Thema Integration ganz oben auf die Agenda gesetzt haben. Die Integrationsbemühungen nach dem Grundsatz des Forderns und Förderns müssen weiter intensiviert werden.

Daneben müssen gegenüber allen jugendlichen Gewalttätern auch schärfere Sanktionen zum Einsatz kommen. Dies fordert die CSU seit vielen Jahren. Populismusvorwürfe sind hier völlig unangebracht. Die SPD muss vielmehr endlich bereit sein, u. a. über folgende zwei Maßnahmen zu sprechen:

Sog. Heranwachsende im Alter von 18 bis 21 Jahren werden in allen Lebensbereichen als normale Erwachsene behandelt. Für sie muss deshalb im Regelfall Erwachsenenstrafrecht gelten. Dies ist im Jugendgerichtsgesetz klarer zu fassen.


Der Erziehungsgedanke des Jugendstrafrechts vermeidet weitgehend Haftstrafen und bevorzugt richterliche Weisungen zur Erbringung von Arbeitsleistungen oder Teilnahme an diversen Kursen. Erst bei schwersten Straftaten wird zur Jugendhaftstrafe gegriffen, die zumeist zur Bewährung ausgesetzt wird. In vielen Fällen wäre es stattdessen erzieherisch wirksamer, einen „Warnschussarrest“ zu vollstrecken, damit der Jugendliche spürt, was es heißt, seine Freiheit zu verlieren. Eine Bewährungsstrafe wird häufig als „Freispruch zweiter Klasse“ missverstanden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

nach den ersten beiden erfolgreichen Jahren unserer unionsgeführten Regierungskoalition dürfen und werden wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Dies haben wir als CSU-Landesgruppe auf unserer traditionellen Jahresauftaktklausur in Wildbad Kreuth erneut klar gemacht. Die Menschen erwarten von allen Partnern der Großen Koalition, ihre jeweilige Verantwortung wahrzunehmen und sich gemeinsam den bleibenden Herausforderungen zu stellen. Wohlgedacht während der Landtagswahlkämpfe liegt in der Natur der Sache. Schließlich müssen die Parteien ihre unterschiedlichen Profile gegenüber den Wählern verdeutlichen. Darüber hinaus muss jedoch deutlich bleiben, dass die Große Koalition entschlossen bleibt, die vor ihr liegenden wichtigen Vorhaben entschlossen anzupacken und zu schultern. Es mag ja bequem sein, wenn jetzt mancher in der SPD meint, sich innerhalb des Regierungsbündnisses mehr als Opposition, denn als Verantwortungsträger profilieren zu wollen. Respekt wird er dafür sicher nicht ernten. Respekt wird vielmehr denjenigen gezollt, die konstruktiv ihre Arbeit machen. Und genau dazu wird die CSU ihren Teil weiterhin beitragen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das Jahr 2008 zu Recht als Schlüsseljahr für den Erfolg der Großen Koalition bezeichnet. Wichtigstes Ziel bleibt die dauerhafte Senkung der Arbeitslosigkeit. Dazu werden wir unsere Politik für eine Stärkung der Wachstumskräfte konsequent fortsetzen. Zugleich senden wir ein klares Signal an diejenigen, die den Aufschwung tagtäglich erwirtschaften. Sobald es die Lage der öffentlichen Haushalte erlaubt, wollen wir die Finanzspielräume für eine Reform des Steuertarifs und damit für steuerliche Entlastungen nutzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag



Transrapid

Plädoyer für Spitzentechnologie aus Deutschland

Deutschland braucht den Transrapid als Leuchtturmprojekt für Innovation und Technik. Der Transrapid ist ein nationales Projekt, das Chancen für ganz Deutschland eröffnet. Die CSU-Landesgruppe unterstützt dieses Projekt deshalb ausdrücklich und hat diese Haltung auf ihrer Jahresauftaktklausur in Wildbad Kreuth bekräftigt.

Der Transrapid ist eine in Deutschland entwickelte Spitzentechnologie, die auch in Deutschland zum Einsatz kommen muss. Deutschland als High-Tech-Standort ist auf moderne Technologie und Innovation angewiesen. Nur mit modernster Technologie kann Deutschland seinen Wohlstand halten und vermehren.

Der Transrapid ist der Schlüssel für die Verkehrsanbindung des Flughafens. Er schafft eine ideale Anbindung des Münchner Flughafens an die Landeshauptstadt und an den regionalen und überregionalen Bahnfernverkehr. Der Transrapid entlastet das überlastete Straßennetz in München und Umgebung, weil nur er die notwendige Schnelligkeit und damit Attraktivität bietet, damit Autofahrer auf

den öffentlichen Verkehr umsteigen. Besonders für Fahrgäste, die aus dem weiteren Umkreis von München, wie



zum Beispiel aus Nürnberg, Salzburg oder Augsburg anreisen, schafft der Transrapid als Ergänzung zur Bahn eine attraktive Alternative zum Auto.

Der Transrapid bietet Vorteile für Bayern. Eine bessere Anbindung des Flughafens München an den öffentlichen Nahverkehr ist unverzichtbar. Die Kosten der von Münchens OB Ude favorisierte Express-S-Bahn wären ungefähr genauso hoch wie für die geplante Transrapidstrecke – und sie wären von Bayern aus den Mitteln für den Nahverkehr allein zu tragen. Für den Transrapid trägt der Bund mit einer Sonderfinanzierung in

Höhe von 925 Mio € die Hälfte der vermutlichen Gesamtkosten.

Der Bund kann sich auch bei zusätzlichen Risiken nicht aus der Verantwortung stehlen. Darüber hinaus wird der Bund in den nächsten Jahren bei der EU Zuschüsse beantragen. Der Transrapid erwirtschaftet durch seine hohe Geschwindigkeit und Kapazität dauerhaft Gewinne. Daher ist auch die DB AG bereit, im Vorgriff auf spätere Betriebsgewinne in das Projekt zu investieren.

Nur der Transrapid kann zeitnah gebaut werden. Die umfangreichen Planungen und Genehmigungsverfahren sind weitgehend abgeschlossen. Unausgereifte Alternativideen müssten erst einmal intensiv und zeitaufwändig durchgeplant werden.

Der Transrapid unterstützt nicht zuletzt die Bewerbung Münchens für die Olympiade 2018. Ein schlüssiges Verkehrskonzept für die An- und Abreise von Sportlern und Zuschauern ist eine wichtige Voraussetzung für die Bewerbung Münchens als Olympiastadt 2018.

Diese Woche

Aktuelle Stunde zum Thema Jugendgewalt Thema Jugendgewalt nicht tabuisieren	S. 1
Transrapid Plädoyer für Spitzentechnologie aus Deutschland	S. 2
Familienpolitik „Herdprämie“ zu Recht Unwort des Jahres	S. 2
Aus- und Weiterbildung Aufstieg durch Bildung - die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung	S. 3
Klausurtagung in Wildbad Kreuth Gesellschaftlichen Stellenwert des Sports stärken	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Familienpolitik

„Herdprämie“ zu Recht Unwort des Jahres

Die Jury der „Aktion Unwort des Jahres“ an der Universität Frankfurt hat für 2007 eine gute Wahl getroffen. Der Begriff „Herdprämie“ hat es wahrlich verdient, zum Unwort des letzten Jahres gekürt zu werden.

Die Sprachwissenschaftler und Journalisten haben mit ihrer Entscheidung bestätigt: der Begriff „Herdprämie“ ist völlig inakzeptabel und ist jetzt endlich öffentlich abgelehnt worden. Die Wirkung des Begriffs ist gesellschaftlich unverantwortlich. Es kann nicht sein, dass die häusliche Erziehungsleistung vieler Generationen dadurch entwertet wird. Deshalb hat sich die CSU von Anfang an gegen diese herabsetzende und entwertende Bezeichnung gewehrt. Das sich hinter diesem Unwort ver-

bergende Betreuungsgeld ist Ausdruck der gesellschaftlichen Wertschätzung der häuslichen Erziehungsleistung von Hunderttausenden Müttern und Vätern. Eltern sollen sich frei entscheiden können, wo und wie sie ihre Kinder erziehen möchten. Wer sich für die häusliche Erziehung entscheidet, hat dafür auch Anerkennung verdient. Daher muss sich jeder, der sich des Begriffs „Herdprämie“ bedient dafür kritisieren lassen, dass er die häusliche Erziehungsleistung der Eltern in herabwürdigender Weise angreift.

Aus- und Weiterbildung

Aufstieg durch Bildung - die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung

Eine fundierte Ausbildung und stetige Weiterbildungsbemühungen sind für jeden der Schlüssel für gesellschaftliche, soziale und nicht zuletzt wirtschaftliche Teilhabe. In der vom Bundeskabinett in dieser Woche beschlossenen Qualifizierungsinitiative sind alle Maßnahmen der Bundesregierung gebündelt, die den Weg zu mehr Bildung und Qualifizierung öffnen sollen.

Die Qualifizierungsinitiative der Großen Koalition umfasst Aktivitäten zur Förderung und Unterstützung über den gesamten Lebensweg von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung im Beruf. Die Umsetzung sowie weitere Maßnahmen werden nunmehr mit den Bundesländern, Unternehmen, Sozialpartnern und weiteren Akteuren abgestimmt und umgesetzt.

Zentrale Elemente der Qualifizierungsinitiative:

- ◆ Bis 2010 werden 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber gefördert. Dafür wird ab 2008 ein Ausbildungsbonus für Betriebe eingeführt, die mit besonders förderungsbedürftigen Altbewerbern einen Ausbildungsvertrag abschließen. Je nach Höhe der jeweiligen Ausbildungsvergütung beträgt der Bonus zwischen 4.000 und 6.000 Euro. Außerdem werden sozialpädagogische Hilfen ausgebaut, die Betriebe dabei unterstützen, Jugendliche mit Ausbildungsproblemen zum Abschluss zu führen.
- ◆ Eine neue Förderinitiative unterstützt junge Erwachsene ohne Berufsabschluss beim Nachholen von Berufsabschlüssen. Dieses
- ◆ Programm zur Weiterentwicklung der Förderstrukturen wird im Frühjahr 2008 starten und mittelfristig dazu führen, dass deutlich mehr junge Erwachsene auf dem Weg der Nachqualifizierung einen Berufsabschluss erreichen.
- ◆ Das sog. Meister-BAföG wird fortentwickelt. Hierzu wird im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz der Kreis der geförderten Personen erweitert, z. B. um Pflegeberufe sowie um zusätzliche Anreize für besondere Leistungen und für den Schritt in die Selbständigkeit. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür werden in diesem Jahre geschaffen.
- ◆ Bereits in diesem Jahr wird ein Aufstiegsstipendium eingeführt. Bewerben darum können sich Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung sowie Berufstätige, die über berufliche Qualifikationen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Ziel ist die finanzielle Unterstützung beruflich besonders Begabter, die ein Studium aufnehmen wollen.
- ◆ Die Einführung eines Freiwilligen Technischen Jahres steigert die Bereitschaft, technische und naturwissenschaftliche Studiengänge zu wählen. Dies kann zugleich ein Beitrag sein, mittelfristig die Studienabbruchquote zu senken. Im Rahmen dieses Projektes, das im Frühjahr 2008 startet, sollen junge Menschen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder in innovationsstarken Unternehmen Berufs- und Praxisbezug erwerben und damit die Startbedingungen für ihr Studium verbessern. Die Teilnehmer werden während des mehrmonatigen Berufsorientierungspraktikums fachlich angeleitet und finanziell unterstützt.

Der Bund kann die notwendigen Reformanstrengungen nicht allein bewerkstelligen. Er bietet den Ländern, Unternehmen, Sozialpartnern und weiteren Akteuren deshalb eine verstärkte Zusammenarbeit an. Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben am 19.12.2007 beschlossen, die für Bildung und Wissenschaft zuständigen Fachminister des Bundes und der Länder, unter Beachtung des jeweiligen Verantwortungsbereichs bis zum Herbst 2008 eine „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses zu konzipieren. Das Ergebnis soll Gegenstand eines Treffens der Regierungschefs im Herbst 2008 werden.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter rückläufig

Der seit zwei Jahren zu beobachtende Rückgang der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland hat im letzten Jahr angehalten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes meldeten die Gerichte für den Monat Oktober mit 2.732 Unternehmensinsolvenzen 10,3 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. In den ersten drei Jahresquartalen 2007 sank die Zahl der Firmenpleiten sogar um 14,3 Prozent.

Erstmals ausgeglichener Staatshaushalt seit 1989

Deutschland weist seit fast zwanzig Jahren erstmals einen ausgeglichenen Staatshaushalt aus. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen haben 2007 rund 70 Millionen Euro mehr eingenommen als ausgegeben. Grund ist die gute konjunkturelle Entwicklung, sprudelnde Steuereinnahmen und die sinkende Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2006 hatte das Staatsdefizit noch knapp 37 Milliarden Euro betragen.

Klausurtagung in Wildbad Kreuth

Gesellschaftlichen Stellenwert des Sports stärken

- Kamingsgespräch mit Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes -

Am Abend des Eröffnungstages der CSU-Landesgruppenklausur kamen die CSU-Bundestagsabgeordneten zu ihrem traditionellen Kamingsgespräch zusammen. Als Gast begrüßten sie den Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes, Dr. Thomas Bach.

In dem intensiven Meinungsaustausch zur breiten Palette sportpolitischer Themen unterstrichen beide Seiten den hohen gesellschaftlichen Stellenwert des Sports. Gerade der Breitensport lebe vom ehrenamtlichen Engagement Zehntausender Übungsleiter, Jugendtrainer und sonstigen Betreuer, deren Einsatz allerhöchsten Respekt verdiene. In kaum einem anderen Bereich wie im Sport erhielten gerade Jugendliche die Chance, gesellschaftlich wünschenswerte Tugenden wie Fairness, Teamgeist und Disziplin zu entwickeln und zugleich soziale Bindungen einzugehen. Gerade angesichts der aktuellen Diskussionen um mangelnde gesellschaftliche Bindungen vieler

Jugendlicher sei der Verweis auf die integrative Kraft des Sports heute von eminenter Bedeutung.



v.l.n.r.: Dr. Peter Ramsauer, Dr. Thomas Bach und Hartmut Koschyk

Die Anerkennung und Förderung des Breitensports müsse deshalb weiter intensiviert werden.

Die Begeisterung Millionen Deutscher und ihrer Gäste bei sportlichen Großereignissen im eigenen Land und die aufrichtige Freude über die Erfolge etwa der deutschen Fußballerinnen und Fußballer sowie der Handballnationalmannschaft haben nicht zuletzt ein positives Deutschlandbild gefördert. Das einigende nationale Band des Sports reiche dabei quer durch alle Gesellschaftsschichten. Es sei deshalb legitim und wünschenswert, wenn sich neben den Sportverbänden auch die Politik weiter intensiv darum bemühe, sportliche Großereignisse ins eigene Land zu holen. Die CSU-Landesgruppe unterstützt deshalb die Bewerbung Münchens für die olympischen Winterspiele im Jahr 2018 ausdrücklich.

Trauer um Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger

Mit großer Trauer hat die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag die Nachricht vom Tode des langjährigen Landesgruppenmitglieds Dr. Werner Dollinger vernommen. Mit Werner Dollinger ist einer der Großen der CSU von uns gegangen. Als einer der Männer der ersten Stunde hat er einen festen Platz in der Geschichte der CSU. 37 Jahre lang war er Mitglied des Deutschen Bundestags. Er gehörte zu den herausragenden Persönlichkeiten des Parlaments.

Werner Dollinger hat maßgeblich die Geschicke der CSU-Landesgruppe geprägt. Er war zwei Jahre Vorsitzender der Landesgruppe und mehrere Jahre Mitglied des Vorstands der gemeinsamen Unionsfraktion. Im Kabinett Adenauer war Werner Dollinger Bundesschatzminister und für kurze Zeit Entwicklungshilfeminister. In der ersten großen Koalition war er für das Postwesen verantwortlich. Und im ersten Kabinett Kohl übernahm er als Verkehrsminister noch einmal Verantwortung im Bundeskabinett.

Werner Dollinger sah sich als Vertreter des politischen Protestantismus in Bayern. Über viele Jahre hinweg war er Mitglied der bayerischen Landessynode und der Synode der EKD. Die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien trug seine Handschrift.

Werner Dollingers politische Hauptinteresse galt der Wirtschaftspolitik. Schon in den 50er Jahren war er ein aktiver und durchsetzungsfähiger Mitstreiter von Ludwig Erhard im Rahmen der Konzipierung und Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Der promovierte Volkswirt verstand sich stets als Ordnungspolitiker und als Verfechter der berechtigten Belange des Mittelstands.

Mit Werner Dollinger verliert die CSU ein politisches Urgestein. Seine Arbeit war geprägt durch Sachlichkeit und Fleiß. Stets war er ein Vorbild für jüngere Kollegen. Die CSU-Landesgruppe ist Werner Dollinger zu tiefem Dank verpflichtet.

